

Vox populi: Unterstützung des Volkes für die Volksinitiative

Lucas Leemann, Patrick Emmenegger, André Walter
8th April 2025



Direktdemokratische Verfahren werden häufig als Mittel zur Stärkung der Demokratie betrachtet, da sie den Einfluss politischer Entscheidungsträger begrenzen und Bürgerinnen und Bürger stärker einbeziehen. Doch warum unterstützen Wählerinnen und Wähler überhaupt die Einführung direktdemokratischer Instrumente? Dieser Frage widmen wir uns in unserer aktuellen Studie, die in der renommierten Fachzeitschrift „American Political Science Review“ veröffentlicht wurde.

Wir analysieren dabei den Volksentscheid von 1891 in der Schweiz zur Einführung der Volksinitiative auf Bundesebene. Anhand eines neuen Datensatzes, der ideologische Positionen von Wählerinnen und Wählern (bis zur Einführung des Frauenstimmrechts 1971 ausschliesslich Männer) und Parlamentsabgeordneten erfasst, zeigen wir, unter welchen Bedingungen die Wähler für die Einführung der Volksinitiative stimmten. Unsere Hauptthese lautet, dass Bürgerinnen und Bürger direktdemokratische Instrumente dann unterstützen, wenn sie sich durch das Parlament nicht ausreichend vertreten fühlen und sich zugleich ideologisch näher am Medianwähler – also der politischen Mitte der Bevölkerung – als am Medianabgeordneten im Parlament befinden.

**Volksabstimmung über die Revision der Bundesverfassung
im Sinne der Einführung der Volksinitiative.**

In seiner Sitzung vom 23. April 1891 hat der Bundesrath den 5. Juli dieses Jahres als Tag für die Abstimmung festgesetzt.

Bundesbeschluß

betreffend

Revision der Bundesverfassung.

(Vom 8. April 1891.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsichtnahme einer Botschaft des Bundesrathes
vom 13. Juni 1890,
in Anwendung der Art. 84, 85, Ziff. 14, 118 und 119,
der Bundesverfassung,

beschließt:

I. Artikel. Der dritte Abschnitt der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874, handelnd von der Revision der Bundesverfassung, wird abgeändert wie folgt:

Dritter Abschnitt.

Revision der Bundesverfassung.

Art. 118.

Die Bundesverfassung kann jederzeit ganz oder theilweise revidirt werden.

Art. 119.

Die Totalrevision geschieht auf dem Wege der Bundesgesetzgebung.

Wir können zeigen, dass die Unterstützung für die Volksinitiative nicht einfach ein Ausdruck allgemeiner politischer Unzufriedenheit oder Protestverhalten ist. Vielmehr verstehen Wähler offenbar die strategischen Implikationen der Einführung eines solchen Instruments. Für jene, die näher an der politischen Mitte der Gesellschaft stehen als die Mehrheit im Parlament, bietet die Volksinitiative die Chance, politischen Einfluss zu gewinnen und politische Entscheidungen besser mit den eigenen Präferenzen in Einklang zu bringen.

Dies gilt nicht nur für Anhänger von Oppositionsparteien, sondern auch für Wähler der Regierungsparteien. Selbst in Gemeinden, in denen die Regierungsparteien politisch dominierten, war 1891 die Zustimmung für die Einführung der Volksinitiative höher, wenn sich deren Unterstützer ideologisch näher am Medianwähler als am Medianabgeordneten befanden. Dies erklärt, warum eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ein Instrument unterstützt, das letztlich die Handlungsfähigkeit ihrer gewählten Vertreter beschränkt.

Weiter zeigen wir, dass die Wähler in der Lage waren, ihre eigene ideologische Position sowie ihre Distanz zum Parlament und zur Mehrheit der Wähler realistisch einzuschätzen. Dies war aufgrund der Ergebnisse von vorausgehenden Parlaments- und Volksabstimmungen (letzteres in Form von Referenden) möglich, die es ihnen erlaubten, ihre eigenen Präferenzen im Vergleich zu den politischen Entscheidungsträgern klar einzuordnen.

Die Ergebnisse der Studie haben auch wichtige aktuelle Implikationen: Sie legen nahe, dass Forderungen nach mehr direkter Demokratie vor allem dort entstehen, wo Wählende im Parlament systematisch unterrepräsentiert sind. Diese Forderungen bauen zudem nicht ausschliesslich auf einem subjektiven Gefühl der Unterrepräsentation auf, sondern haben eine objektive Basis. Unsere Studie zeigt, dass Wählende direktdemokratische Institutionen gezielt unterstützen, um ihre politische Repräsentation zu verbessern, und somit weit weniger aus einer individuell wahrgenommenen Entfremdung vom politischen System handeln, was oft vermutet wird.

Referenz

- Leemann, Lucas; Emmenegger, Patrick; Walter, André (2025): [Vox Populi: Popular Support for the Popular Initiative](#). American Political Science Review, online first. doi:10.1017/S0003055424001400

Bild: [Unsplash.com](#)